

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206 — Vollschickkonto Leipzig Nr. 534 77	Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72208	Inseratenpreise: Die 10 gelb. Kolonellzeile 35 Pfg., bei Wagnerschrift: 40 Pfg. Stellenangebote 10 gelb. Kolonellzeile 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 gelb. Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reflektanzzeile 2 Mf. Inzerate v. ausw.: die 10 gelb. Kolonellzeile 40 Pfg. bei Wagnerschrift, 50 Pfg. Reflektanzzeile 2,25 Mf.
---	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Hindenburg „rettet“ den Bürgerblock

Der Kuhhandel wird fortgesetzt Sozialdemokratie und Wehrpolitik

Berlin, den 10. Februar 1928.

Das etwa ist das Ergebnis der Verhandlungen, die im Verlauf des Freitags über den Fortbestand des Bürgerblocks und über das Schicksal des Schulgesetzes geführt worden sind. Die „Krise“ kann als überwunden gelten. Der bereits angekündigte Brief des „Retters“ Hindenburg ist ordnungsgemäß eingetroffen und er hat seine Wirkungen nicht verfehlt. Gegen 1/6 Uhr hatte die Beratung des Interfraktionellen Ausschusses ihr Ende erreicht. Man ist noch nicht völlig zum Abschluß gekommen, die offiziellen Verhandlungen werden Montag fortgesetzt und inzwischen spielt der inoffizielle Apparat.

So hat sich über Nacht das Bild verändert. Am Donnerstagabend verkündeten alle Blätterseiten das Ende, den unmittelbaren Verfall des Bürgerblocks. Vierundzwanzig Stunden später steht alles unter dem Eindruck des Hindenburgbriefes. Die bereits angekündigte Revolution wird, abgeblasen. „Heil Dir, Ketter Hindenburg!“ So flücht die gesamte deutschnationale Presse, die im übrigen nicht übermäßig in die Hitze gekommen war.

Graf Westarp beherrscht die Situation, mit ihm der Arbeitsminister Dr. Brauns. Beide, die Urheber des Bürgerblocks, dürften auch als die Hintermänner des neuesten Hindenburgbriefes angesehen sein.

Und was sagt der Reichspräsident? Sein Schreiben verklingt etwa in der Tonart des letzten Habsburgers: Kinder, vertragts euch. Ihr seid alle von der gleichen Art. Die Interessen des Bürgertums stehen auf dem Spiel. Erst erfüllt eure Aufgaben. Beschleht den Reichstag, schafft das Liquidationsschuldengesetz, denkt an die „notleidende“ Landwirtschaft. Auch die Strafrechtsreform muß noch erledigt werden und da wollt ihr wegen der Simultanfragen auseinanderfallen? Also vertragts euch weiter. Und bereits die Morgenblätter der deutschnationalen Presse weisen auf die Kompromißlösung hin, auf der sich Zentrum und Volkspartei etwa verständigen dürften. Die Formel lautet: „Christliche Privatschulen mit staatlicher Hilfe“ in den Ländern des Simultan Schulgebietes! Auf dieser Basis bleiben die Simultanfragen erhalten, also die Volkspartei kommt zu ihrem Recht. Andererseits kann das Zentrum „christliche“ Schulen errichten, mit Staatshilfe selbstverständlich, und das „Eternrecht“, das zu Wilhelmus Zeiten abhändigt und konsequent mißachtet wurde, bleibt erhalten. So geben beide Teile und sie bekommen ihr Recht. Wenigstens nach außen hin und der Bürgerblock, der Bürgerblock ist gerettet!

Das ist das Ergebnis einer zielbewußten Aktion, die von den „Staatsmännern“ des Bürgerblocks mit kluger Berechnung geführt worden ist. Würde das Schulgesetz zur Wahlparole zwischen Zentrum und Volkspartei, dann wären die Auswirkungen kaum zu übersehen. So aber werden die Blockparteien in eine politische

Schicksalsgemeinschaft hineingedrängt, die alle Möglichkeiten, auch über die Wahlen hinaus, nach jeder Richtung öffnet.

Inzwischen geht der parlamentarische Betrieb munter fort. Am Nachmittag schwand die Nervosität der letzten Tage. Im Plenum wurden die Novellen zu den Mietergesetzen zu Ende gebracht. Dann nahm der Reichsarbeitsminister das Wort, um die Beratungen seines Staats einzuleiten. Das Hauptaugenmerk aber konzentrierte sich auf den Hauptauschuß, in dem Herr Gröner heute zu Worte kam. Wer etwa der Meinung gewesen wäre, daß mit diesem neuen Wehrminister irgend etwas gewonnen wäre, der wurde durch seine Rede bitter enttäuscht. Gewiß heuchelte er Loyalität der republikanischen Staatsform gegenüber, wie auch in der Achtung ihrer Symbole. Das hat Herr Gehler duhenfach versichert, nur eben, daß sich nichts geändert hat. Wer gegen die Grundzüge dieser Loyalität verstöße, gehöre nicht in die Wehr der Republik. Auch diese Wendung gehörte zum ständigen Repertoire Herrn Dr. Gehler, was nicht verhindert hat, daß sich Standale über Standale häuften.

Die Reichswehr mache keine eigene Politik. Allen Versuchen dieser Art würde rücksichtslos entgegengetreten. Auch dafür hat sich der Vorgänger immerfort verbürgt, was aber die Pöbelsaffäre nicht zu verhindern mochte, worüber dann Herr Gröner zur Abgabe einer umfangreichen Erklärung gezwungen worden ist. Darin wird rücksichtslos zugegeben, was monatlang von den Reichswehrstellen bestritten wurde. Und auch der neue Reformator erklärte sich nur widerwillig bereit, das sein vorbereitete Manuskript, trotz seiner Versprechungen im Plenum, im Ausschuh zu verlesen. Herr Gröner hat festgestellt, daß Kapitän Lohmann durch seine eigenmächtige Filmpolitik dem Reichsiskus schweren Schaden zugefügt habe. Das wird auch unter Gröner nicht anders werden. Darum ist ein weitgehender Eingriff in das Gebiet des Wehrministeriums ein Gebot eiserner Notwendigkeit. Mit diesen Fragen beschäftigte sich darum die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Sie fordert am vorliegenden Etat Abträge in Höhe von rund 90 Millionen. Die Richtlinien für den kommenden Haushalt aber werden in folgender Weise festgelegt:

„Die großen finanziellen Schwierigkeiten von Reich, Ländern und Gemeinden, die im Jahre 1929 erheblich steigenden Reparationslasten zwingen zur äußersten Sparsamkeit auf allen Gebieten. Um eine Gefährdung wichtiger sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Interessen von Reich, Ländern und Gemeinden zu verhüten, wird die Reichsregierung ersucht, im Etat des Reichswehraministeriums für das Rechnungsjahr 1929 die Ausgaben so zu beschränken, daß der Zuschußbedarf 500 Millionen Mark nicht überschreitet. Rechtzeitig ist daher für eine sparsame Verwendung der Restmittel und für einen allmählichen Abbau der Ausgaben zu sorgen.“

Das sind Linien der kommenden Wehrpolitik. Damit freilich ist bei weitem nicht alles getan, aber nur durch einen völligen Umbau des Wehretats kann den selbstherrlichen schwarzweißroten Tendenzen der Reichswehrregisseure im wirksamen Sinne gesteuert werden.

Bemerkungen

Natürlich hat Deutschland abgerüstet. Natürlich denkt die deutsche Bourgeoisie nicht an einen Krieg. Es wäre Landesverrat, ihr so etwas auch nur zuzumuten. In der Regierung und im besonderen im Reichswehrministerium sitzen nur Männer, die nichts anderes als Friedenstauben aus ihren Taschen flattern lassen. General Gröner bürgt dafür. Und dennoch: nur wenige kennen die Sorgen, mit denen sich die verantwortlichen Männer des neuen Deutschlands abquälen müssen. Da steht in der Marine-Rundschau, einer vom Reichswehrministerium herausgegebenen Zeitschrift, unter dem Kennwort „Marine-Aufgaben“ folgendes Preisauschreiben:

- Das französische Kolonialreich in Afrika, besonders unter Berücksichtigung des Nordens und seiner Bedeutung im Kriege.
 - In welchem Grade sind England, Japan, Italien, Frankreich, Vereinigte Staaten, Rußland (oder ein einzelnes dieser Länder) durch Seekrieg und Weltwirtschaftskrieg verwundbar? Eine kriegerische Unternehmung, beschränkt auf den Fall eines Krieges ohne Bundesgenossen?
 - Wie beeinflusst die Lage der Stützpunkte und voraussetzlichen Kriegshauptplätze die Entwicklung der Kriegsschiffstypen, besonders ihrer Maschinen?
- Für die beste Lösung jeder Frage sind folgende Preise ausgesetzt: 1. Preis je 400 Mark, 2. Preis je 100 Mark.
- Die näheren Bedingungen für die Teilnahme am Wettbewerb werden auf Wunsch von der Marine-Rundschau (Reichswehrministerium Berlin W 10) kostenfrei übersandt. Frist bis zum 31. März 1928.

Selbstverständlich denkt sich das Reichswehrministerium die Durchführung dieser Marineaufgaben nur als Folge der striktesten Einhaltung der Locarno-Politik. Absurd wäre es, anzunehmen, daß die Arbeiten eingeleitet werden, um auf weite Sicht Vorarbeiten für einen möglichen Krieg mit Frankreich zu treffen oder für einen Krieg, der dem neudeutschen Imperialismus zur Verwirklichung seiner Pläne helfen soll. Das Preisauschreiben ist wirklich nur ein Dokument für den unerfröhllichen Friedenswillen der Kreise, die Deutschland regieren und weiter ein Beweis für die ersten Sorgen, die sie sich um die Sicherheit des Weltfriedens überhaupt machen. Wer es nicht glaubt, der ist ein Landesverräter!

Ein Film, der nächstens in England und Belgien gezeigt werden soll, nimmt die deutsche Öffentlichkeit in Anspruch. Die Nationalen und nationalistischen Zeitungen berichten von diesem Film und von einer diplomatischen Aktion, die er ausgelöst hat, noch ehe er über die Leinwand gerollt ist. Ein geschäftstüchtiger englischer Filmunternehmer hat für einen Film, der ihm die Kassen füllen soll, ein Thema gewählt, das freilich geeignet ist, die empfindsamen Gemüter deutscher Nationalisten zu erregen: Er hat eine traurige Episode aus der deutschen brutalen Militärherrschaft in Belgien während des Krieges verfilmt. In dem kurze-Cavell-Film wird die Erschießung jener englischen Krankenpflegerin gezeigt, die im Dezember 1915 in Brüssel von einem deutschen Kriegsgesicht wegen angeblicher Spionage mit noch zwei anderen Frauen zum Tode verurteilt und noch am Tage der Urteilsverkündung hingerichtet worden ist. Mik Cavell war beschuldigt, wehrpflichtige Belgier versteckt und ihnen dann zur Flucht aus Belgien verholfen zu haben, damit sie zur belgischen Armee stoßen konnten. Der Einspruch des amerikanischen Gesandten gegen die Vollstreckung des Urteils wurde zurückgewiesen und ebenso ein Gnadengesuch an den Kaiser abgelehnt. Die Erschießung der Engländerin durch die Deutschen hat wegen ihrer Brutalität damals in der ganzen Welt eine heftige Empörung ausgelöst. In dem Film wird sie so gezeigt:

„Kurze Cavell wird vor die Feuerlinie von acht Mann geführt; sie verweigert es, sich die Augen verbinden zu lassen. Der deutsche Offizier befiehlt den Leuten anzulegen, — doch einer gehorcht nicht! Der Offizier tritt zu ihm hin und wiederholt den Befehl. Der Soldat rührt sich nicht. Der Offizier zieht seinen Revolver und schießt den Mann nieder. Die verurteilte Frau, die bis zu diesem Augenblick aufrecht dagestanden war, bricht ohnmächtig zusammen. Der Offizier, todesbleich, läuft schnell auf sie zu und — seine zitternde Hand mit der anderen Hand zur Ruhe bringend — erschießt die bewußlos am Boden liegende Frau, — die mitleidvollste Art, wie er seinen grimmigen Auftrag ausführen konnte.“

In London ist Kurze Cavell als einer Patriotin ein Denkmal errichtet worden. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß sich der Filmunternehmer nicht geirrt hat, wenn er annimmt, daß ein so „patriotischer“ Film zu einem großartigen Kassenerfolg wird. Aber da kommen die Einwände und Proteste, die sich gegen die Aufführung richten. Zuerst natürlich aus Deutschland. Von der Botschaft in London ist auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes bei der englischen Regierung Einspruch erhoben worden. Und diese diplomatische Aktion wird von den nationalistischen Zeitungen in Deutschland unterstützt, wobei sie darauf hinweisen, daß durch einen solchen „Sch“-film der Haß und die Rache zwischen den Völkern erneut geschürt werde.

Romisch! Wenn in Deutschland nationalistische, völk-

Die Flottenrüstungen der USA Siebzehn Milliarden Mark in fünf Jahren!

London, 11. Februar.

Das amerikanische Marineministerium hat nach Berichten aus Washington dem Flottenausschuß des Repräsentantenhauses das jährliche Bauprogramm übermittelt, dessen Durchführung einen Kostenaufwand von 4,176 Milliarden Dollar erfordert. Die insgesamt 21 Schiffe des Programmes sollen 1937 fertiggestellt sein, während die Ausgaben sich über die gleiche Anzahl von Jahren verteilen. Die jährlichen Unterhaltungskosten für die Flotte belaufen sich auf 300 bis 350 Millionen Dollar einschließlich des zusätzlichen Personals für die vermehrten Aufstellkräfte und 1000 Mann an neuem Personal für die auf Kiel zu legenden Schiffe.

Arbeit, die den Frieden nicht bringt! Drei neue Memoranden über die Sicherheit

Genf, 10. Februar.

Die Referenten des Sicherheitsausschusses des Völkerbundes, die vom 26. Januar bis zum 1. Februar in Prag unter der Leitung von Benesch tagten, haben ihre Ansichten über die Sicherheitsfrage in drei Memoranden, versehen mit einer anscheinend von Benesch herrührenden Einleitung, niedergelegt. Die Denkschriften geben weniger neue Gedanken als einen zum großen Teil ausgezeichneten Zusammenschluß alles dessen, was zur Aufrechterhaltung des Friedens bisher seit der Gründung des Völkerbundes getan worden ist und was noch zu tun bleibt. Sowohl der Sinno Holsti wie Politis und auch der dritte Referent, der Hol-

länder Rutgers, fordern wiederholt Vertrauen zwischen den Staaten als notwendigen Unterbau jeglicher juristischen Ordnung des Weltfriedens. Die Referate, in einzelnen Punkten sehr weit auseinandergehend, stimmen darin überein, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Stabilisierung des Weltfriedens in einem Ausbau der Sicherheits-, Schiedsgerichts- und Schlichtungsverträge zu suchen ist. Holsti lehnt sich an die norwegischen und schwedischen Gedanken an und fordert vom Völkerbund den Entwurf von Musterverträgen und die Schaffung eines allgemeinen Schiedsgerichtsvertrages. Wenn hierfür keine Zustimmung zu bekommen wäre, zum mindesten eines Schlichtungsvertrages, dem beizutreten alle Mitglieder des Völkerbundes aufgefordert werden sollen. Politis erwirft ein scharfsinniges System der Einschränkung des Rates und der Kriegsverhütung und Sanktionsverpflichtungen des Völkerbundes in das auszubauende Vertragssystem. Er empfiehlt die Schaffung entmilitarisierter Zonen und fordert regionale Verträge, deren Partner sich aber auch zu gegenseitiger Unterstützung beim Angriff durch eine dritte Macht verpflichten sollen. Damit kann man dann jeden militärischen Bündnisvertrag verteidigen. Interessanterweise wünscht auch Politis Rücknahme auf den § 19 des Völkerbundespaktes. Er meint, daß nicht bei allen regionalen Sicherheitsverträgen der absolute territoriale Bestand der vertragschließenden Länder garantiert zu werden brauchte. Die Möglichkeit einer friedlichen Verringerung der Grenzen könne vorbehalten werden. Rutgers, Holland, der sich mit dem Ausbau der Völkerbundsartikel 10, 11 und 16 beschäftigt, gibt ein ungeheures historisches und dokumentarisches Material. Er fordert die technische Kriegsverhinderung, die schon der sozialdemokratische Abgeordnete des belgischen Rates, de Broeckere, Belgien, immer wieder betont hat. Ebenso wie der Sinno stellt er die Kriegsverhütung weit über das Eingreifen in einen ausgebrochenen Krieg. „Die Aufgabe des Völkerbundes ist es, den Frieden aufrecht zu erhalten; um diese Aufgabe zu erfüllen, muß er vor allem dem Krieg zuvorkommen.“